

„Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion!“

Rede von Dietrich Stobbe, ehemaliger Beauftragter des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für die Zusammenarbeit mit der Volkskammerfraktion, auf dem Treffen der SPD-Bundestagsfraktion mit den Mitgliedern der SPD-Volkskammerfraktion am 16. März 2000

Ich finde es wichtig, dass sich der Deutsche Bundestag am 17. März 2000 mit den ersten freien Wahlen in der DDR zur Volkskammer vor zehn Jahren beschäftigt. Ich hoffe, dass diese Trennungsstunde zum Ausgangspunkt für eine intensive politische, publizistische und, was wichtig wäre, auch wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Prozesse führt, die die deutsche Einigung möglich gemacht haben.

Es waren, wie wir alle wissen, weltgeschichtliche, europäische und auch innenpolitische Prozesse, die auf eine sehr komplizierte Art und Weise miteinander verwoben waren und die dann jenen Glücksmoment der Einheit möglich machten, weil sie an einem bestimmtem Punkt alle zusammenliefen. Die weltpolitischen und europäischen Entwicklungen sind, so glaube ich, ganz gut dokumentiert und aufgearbeitet. Viele der innenpolitischen Prozesse auch. Aber große Teilstücke fehlen, und ganz bestimmt fehlt eine intensive Auseinandersetzung mit der Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion und auch über die Abstimmungsprozesse, die zwischen den beiden deutschen Sozialdemokratien damals liefen.

Es ist ja so, dass die Zeit rast. Dass eine geschichtliche Zeitenwende hinter uns liegt, ist schnell vergessen worden, und manche, die vor zehn Jahren noch mitdrehen konnten am Rad der deutschen Geschichte, sind heute in Vergessenheit geraten. Deshalb finde ich es besonders gut, dass die Bundestagsfraktion Einladungen ausspricht zu einem solchen Abend. Und natürlich finde ich es entscheidend, dass diejenigen, die damals in die Volkskammer gewählt worden sind, heute mit dabei sind, am Abend vor der Feierstunde im Deutschen Bundestag.

Wir müssen die Leistungen dieser Genossinnen und Genossen, die Mitglieder der Volkskammerfraktion waren, auf eine ernsthafte Weise würdigen und ihre Arbeit anerkennen; denn die Arbeit war anerkennenswert. Ich kann heute dazu nur einen unvollständigen Beitrag leisten, schon aus Zeitgründen. Aber ich bin gebeten worden, ein paar zusammenfassende Bemerkungen zu machen. Wünschen würde ich mir, dass Wolfgang Thierse, Richard Schröder, Markus Meckel, Regine Hildebrandt, Martin Gutzeit, Alwin Ziel, Reinhard Höppner und all die anderen, die wichtige Funktionen ausgeübt haben in dieser Zeit, ihre Erinnerungen und Erfahrungen ernsthaft aufbereiten. Aber ich würde mir noch etwas wünschen: Ich

würde mir wünschen, dass die Erfahrungen und Erinnerungen von Hans-Jochen Vogel, von Oskar Lafontaine, von vielen anderen, die entscheidende Führungsfunktionen für die West-SPD damals wahrgenommen haben, aufbereitet werden in Bezug auf den Einigungsprozess und auf die Zusammenarbeit in der SPD.

Solche Zeitverarbeitungen von wichtigen Zeugen des Geschehens, wenn sie nebeneinander gestellt werden, aber vor allen Dingen, wenn sie ineinander geschoben werden, würden verdeutlichen, vor welchen unerhörten politischen Problemen die Sozialdemokratie in Ost und West damals tatsächlich stand. Da helfen uns nun auch unsere persönlichen Anekdoten nicht darüber hinweg, die wir ja alle haben. Wir würden dann auch erkennen müssen, wie fragmentarisch, und zwar sowohl im sachlichen wie auch im emotionalen Bereich, zunächst viele Bemühungen blieben, die innere Einheit auch innerhalb der Sozialdemokratie tatsächlich zu gestalten.

Zu solchen Problemen über die Gestaltung der inneren Einheit kann ich authentisch ein paar Beschreibungen machen: Ich war zu jener Zeit förmlich bestellter Koordinator für die Politikentwicklungen zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Fraktion in der Volkskammer sowie für beide Parteivorstände, nach offiziellen Beschlussfassungen dieser Gremien. Ich hatte meine Arbeit so geräuschlos wie möglich zu tun. Sprechen sollten die Bosse. Der Dialog sollte nicht noch durch einen Koordinator weiter verwirrt werden. Aber über meinem Schreibtisch hier im Reichstag liefen wieder viele der Vorgänge, die damals für das Werden der Einheit der deutschen Sozialdemokratie von Bedeutung waren. Also hier einige Problemschilderungen:

Die Entstehung der SPD in der DDR hatte schon gezeigt, dass die Gründungsmitglieder ursprünglich mehr an die Formierung einer demokratischen Opposition in der DDR auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Programms dachten als unmittelbar an eine Vereinigung mit der SPD. Das war aus der Situation heraus verständlich, ist belegt und begründet worden. Es war verständlich, weil die Bildung einer Oppositionspartei hoch riskant, die Gründung einer nach Vereinheitlichung strebenden deutschen Sozialdemokratie sicherlich Selbstmord gewesen wäre auch noch zu jener Zeit. Diese Zurückhaltung in Bezug auf die Einheit, und das wird viel zu wenig ausgesprochen, fand auf Seiten der westdeutschen SPD zunächst durchaus ihre Entsprechung. Bei der West-SPD dominierte das Denken in den Bahnen der Zweistaatlichkeit und der europäischen Sicherheitspartnerschaft, was im übrigen zu dem Kuriosum führte, dass der SPD der DDR in der sozialistischen Internationale eine Heimat früher angeboten war, als dass ernsthaft die Vereinheitlichung der beiden deutschen Sozialdemokraten in Angriff genommen wurde. Es hatte zuvor sehr mutige Vorstöße gege-

ben, wie zum Beispiel denjenigen von Steffen Reiche bei seinem Besuch in Frankfurt und dann in Bonn, um eine gewisse Beklommenheit und Berührungsängste auf beiden Seiten weichen zu lassen. Man wird dazu vielleicht etwas abgehoben und nach zehn Jahren sagen dürfen, dass die Zweiteilung der Welt und auch Deutschlands von der jungen Sozialdemokratie in der DDR von der machterprobten SPD in Westdeutschland im Grunde genommen parallel verinnerlicht worden war. Es ging beiden zunächst um mehr Freiheit; die Einheit des Landes und darin eingeschlossen die der Sozialdemokratie war anfänglich keine konkrete Utopie - gerade auch im Westen nicht. Und wir müssen wissen und uns erinnern, dass genau dieser Punkt seine tiefen Nachwirkungen auf beide Parteien im Wahlkampf zur Volkskammer, im deutschen Einigungsprozess und bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen hatte.

... Der Wahlkampf – um einen anderen Punkt zu nennen – um die Zusammensetzung des ersten frei gewählten Parlaments der DDR war zu einem guten Stück bereits gesamtdeutscher Wahlkampf, obwohl das damals noch nicht so formuliert wurde. Es ging im Grund genommen auch damals schon um eine einzige Frage; Wie soll es weitergehen? Auf welchem Weg soll die Einheit kommen? Hinter diesem Streit, den wir Sozialdemokraten mit Leidenschaft geführt haben, zum Beispiel um die Anwendung des Artikels 23 oder 146 des Grundgesetzes, standen massiv unterschiedliche Ziele und Zukunftsvorstellungen. Sollte die Einheit so rasch wie möglich kommen? Sollte die Einheit, sollte die Freiheit in der DDR vorangetrieben, der DDR-Staat bewahrt bleiben? Ich kann darauf jetzt nicht im Einzelnen eingehen, wir alle kennen die Konflikte darum in- und auswendig. Aber wir können aus diesen Konflikten heute lernen für die Zukunft. Entscheidend war die Wirklichkeit in Deutschland. Entscheidend war der Druck der Wünsche der Bürger der DDR nach Einheit und Freiheit, und zwar in einer möglichst raschen Lösung. Und genau dieser Druck hat im Grunde genommen alles entschieden, nicht westlicher Okkupationswille, wie gelegentlich im Osten behauptet wird. Und es ist auch wahr, dass diesem Druck weder diejenigen standhalten konnten, die in der DDR auf eine eigenständige Entwicklung setzten, noch diejenigen, die im Westen aus wirtschaftlichen Gründen und finanzielle Erwägungen einer schnellen Einheit skeptisch oder verhalten-ablehnend gegenüberstanden. Das alles konnte man, wenn man wach war, im ersten Wahlkampf zur Volkskammer bereits erkennen.

Bei den späteren gesamtdeutschen Wahlen musste es eigentlich jeder bereits gelernt haben, nämlich dass es die normative Kraft des Faktischen tatsächlich gibt, und die hat dann die Entscheidungen erzwungen. Aber wir Sozialdemokraten haben uns damit ziemlich schwer getan, und wir sollten uns auch daran ehrlich erinnern.

Ich möchte weiter daran erinnern, dass die Volkskammerfraktion ihre Arbeit unter den schwierigsten technischen Bedingungen mit Volldampf aufgenommen hatte. Auf der Grundlage des Wahlprogramms des Leipziger SPD-Parteitages hatte sie die Koalitionsverhandlungen geführt, blitzschnell, und sich für eine Regierungsbeteiligung mit sieben Ministern an der demokratisch gewählten DDR-Regierung beteiligt. In der Debatte über die Regierungserklärung führte Wolfgang Thierse als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender damals aus: „Die Entscheidung für die Koalition ist in unserer Partei umstritten. Wir schämen uns dessen nicht. Im Gegenteil. Gäbe es bei uns keinen Streit, keine Diskussion über eine so wichtige Frage, wäre unsere Partei ihres Namens nicht würdig. Wir werden deshalb, wiewohl wir zuverlässige, seriöse Koalitionspartner sein wollen, den Streit nicht unterbinden, Diskussionen in unseren Reihen nicht niederreißen. Wir wollen den Weg der deutschen Einheit auf eine vernünftige verantwortungsvolle Weise gehen. Wir wollen die Befreiung von der realsozialistischen Parteidiktatur gestalten und festmachen in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Demokratiewesen. Vor dem Hintergrund dieser Ziele müssen wir Sozialdemokraten angesichts der Koalitionsvereinbarung und angesichts der Regierungserklärung nicht rot werden vor Scham. Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung tragen auch nicht in geringem Maße sozialdemokratische Handschrift.“

... Aber mit der Entscheidung für die Koalition geriet die SPD-Volkskammerfraktion sofort in einen tiefen Konflikt mit ihrer eigenen Partei, das ist heute vergessen. Der Parteivorstand warf die SPD-Volkskammerfraktion in einem Brief vor, eine Koalition akzeptiert zu haben, in der auch zwei DSU-Minister einen Sitz hatten. Aber im Wesentlichen wurde behauptet, die Fraktion habe das Leipziger Parteiprogramm missachtet, und zwar in folgenden Punkten: keine Mitgliedschaft in der NATO, kein Beitritt nach Artikel 23. Richard Schröder musste in einem sehr eindrucksvollen Brief dem Parteivorstand nachweisen, dass keine der angeführten Punkte Inhalte des Leipziger Programms waren. Er hat außerdem darauf hingewiesen, dass die Fraktion in Sachen NATO und Beitritt eine mit der SPD der Bundesrepublik abgestimmte Haltung in der Koalitionsvereinbarung unterschrieben habe. Aber der Streit war sehr hart, und er macht deutlich, in welchen Konflikt die SPD-Volkskammerfraktion geraten war. Sie wollte als parlamentarische Institution sachliche Verantwortung tragen für den Einigungsprozess. Dem Vorstand der SPD dagegen ging es eher um Rückwirkungen dieses Einigungsprozesses auf die Wähler, denn er sah in der Zustimmung zu der großen Koalition und unter diesen Bedingungen „katastrophale Folgen“ für die weitere Entwicklung der Partei, die sich nicht zuletzt „im Mitgliederschwund und Vertrauensverlust bei den Wählern dokumentieren werden.“ So war seine Analyse der Wirklichkeit. Deutlicher konnte sich ein Konflikt nicht auf tun, der sich übrigens später im Westen wiederholte. Ich werde euch das nicht ersparen: Vom Parteivorstand der SPD in der DDR wurde im Grunde genommen unterstellt,

dass ein Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes und eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO von den Menschen in Deutschland, oder mindestens von den sozialdemokratischen Wählern, nicht getragen werden wird. Welch tragische Fehleinschätzung.

Und damit komme ich zu noch einer Problembeschreibung. Der deutsche Einigungsprozess ist ja in einem Wahljahr voll höchster Dramatik und Geschwindigkeit vollzogen worden. Und das hatte gewichtige Auswirkungen auf den staatlichen Einigungsprozess selbst. Ich schrieb damals in einem Vermerken an die Fraktionsspitze und an den Parteivorstand folgendes: „Will die SPD in die zukünftigen gesamtdeutschen Wahlen als einheitliche und geschlossene deutsche Sozialdemokratie gehen, muss sie in den zukünftigen Gesamtstaat konstituierenden grundlegenden Verhandlungen sowohl in der DDR wie auch in der Bundesrepublik am Ende gemeinsame Position einnehmen. Damit stehen wir vor der enormen Aufgabe, eine politische Kongruenz von Regierungshandeln der SPD in der DDR und Oppositionsverhalten der SPD in der Bundesrepublik herzustellen.“ Das war die Aufgabe. „Diesem Anspruch kann die SPD nur gerecht werden, wenn es ihr gelingt, politische Abstimmungsmechanismen zwischen der SPD in der DDR und der SPD in der Bundesrepublik zu institutionalisieren. Im Grunde genommen müssen diese Abstimmungsmechanismen so gestaltet werden, dass sie als Vorstufe für eine künftige einheitliche Sozialdemokratie dienen können.“ Das war am 17. April 1990, wenige Tage nach Bildung der Koalition in der DDR.

Ich meinte, dass damals folgende Aufgaben wichtig waren für die SPD:

1. Sorgfältige Prüfung der Wirkungen der Koalitionsvereinbarungen in der DDR auf das SPD-Oppositionsverhalten im Deutschen Bundestag, ebenso auf die Wahlkampfstrategie der SPD.
2. Erarbeitung einer einheitlichen Position zu den Staatsvertragsentwürfen der Bundesregierung.
3. Erarbeitung einer gemeinsamen Position zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.
4. Organisation der politischen und technischen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer.
5. Einrichtung von Abstimmungsmechanismen unter Beteiligung der so genannten A-Länder, auch auf Grund der Föderalisierung der DDR, die ebenfalls anstand.
6. Institutionalisierung des Dialogs zwischen den beiden Parteien, Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften, die noch gar nicht begonnen hatte.

Vieles von dem, was ich beschrieben habe, ist dann tatsächlich erfüllt worden. Zum Beispiel hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein aktives Büro im Reichstag, zeitweise arbeiteten bis zu 16 Referenten für die Arbeitskreise der SPD-Volkskammerfraktion. Die Parlamentarier trafen sich auf Arbeits- und Spitzenebene ständig. Jochen Vogel richtete, das ist wenig bekannt, auf Partei- und Fraktionsebene sogenannte „Flughafenkonferenzen“ ein, die der Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieben. Aber immerhin, in diesen insgesamt sechs Begegnungen wurde der Versuch gemacht, die auf Vollendung der Einheit ausgerichtete Sacharbeit der Fraktion mit der Wahlkampfstrategie und dem Kanzlerkandidaten der SPD zu harmonisieren. Und jeder weiß, dass dies nur zum Teil gelang. Die SPD ist nicht frei gewesen von der Versuchung, vermeintliche taktische Vorteile im Wahlkampf den strategischen Geboten unterzuordnen, die sich für die Verfolgung des Zieles zur Herstellung der deutschen Einheit ergaben. Und ich kann mich noch gut erinnern, welchen Eindruck es auf mich gemacht hatte, als Oskar Lafontaine mitten in diesem Prozess und mitten in den Abstimmungsprozessen zwischen den beiden Fraktionen auf die Bundestagsfraktion sehr starken Druck ausübte, indem er öffentlich verlangte, den ersten Staatsvertrag zur Einheit in dritter Lesung im Deutschen Bundestag abzulehnen, um danach im Bundesrat mit Nachverhandlungen SPD-Positionen durchsetzen zu können, die zuvor aber nicht durchgesetzt werden konnten. Aus meiner Sicht, das bleibt so, war das eine starke Verhaftung im Bereich des Irrealen und eine Ablehnung des Machbaren wie schon bei dem zuvor geschilderten Konflikt.

Die Bundestagsfraktion hat dieses Ansinnen ihres eigenen Kanzlerkandidaten damals nach langer Debatte abgelehnt. Diese Spannungen innerhalb der SPD waren für jeden Wähler erkennbar, und was in der West-SPD nur mühsam kaschiert wurde, brach dann auf Seiten der Ost-SPD offen aus. Die SPD verließ die dortige Koalition – ich muss hier sagen, nachdem Kohl, de Maizière und Krause die SPD in der Tat unerträglich provoziert hatten, indem zwei Minister entlassen wurden, wozu der Ministerpräsident verfassungsmäßig gar kein Recht hatte. Aber was wirklich passiert war, war dieses: Die SPD in Ost und West war jetzt vereint in der Opposition. Ich will meine Position hier nicht verheimlichen, dass ich glaube, es wäre ganz gut gewesen, wenn die SPD, als die Einheitsverträge dann unterschrieben wurden, auch mit DDR-Regierungsmitgliedern daran beteiligt gewesen wäre.

Jetzt habe ich vier oder fünf Problembereiche benannt. Ich möchte die guten Sachen nicht verschweigen, sondern auch noch hervorheben, aber stakkato: Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion! Zunächst: Mitglieder einer Fraktion haben einen Wahlkreis. Constanze, du hast geschildert. Es war genau so, wie du es beschrieben hast. Und diese ersten Versammlungen der Partei waren auch noch organisiert worden mit sehr viel Hilfe vom Westen, damit das ganze überhaupt in einem demokratischen Willensbildungsprozess geregelt werden

konnte. Und der ist in der Tat bewältigt worden, binnen Wochen! Das muss man sich heute immer wieder klarmachen.

...Die Arbeitstechnik, die Arbeitsvoraussetzung für jede Parlamentsfraktion: Wer diese Arbeit auf den Fluren des SED-Gebäudes miterlebt hat – engste Räume, Sitzungstechnik nicht vorhanden – muss sich nicht wundern, dass diese Fraktion ihre Willensbildungsprozesse dennoch organisiert und in sehr vielen Fällen zum Abschluss gebracht hat, mit sehr anerkenntniswerten Ergebnissen. Ich wünschte mir, dass das ein bisschen aufgearbeitet wird, dass dafür auch mal Geld da ist!

Es ist hier die „innere Einheit“ zitiert worden. Man muss sich mal angucken, was von der SPD-Volkskammerfraktion gefordert und was durchgesetzt worden ist in der Regierung de Maizière. Das konnte und kann sich sehen lassen!

...Die Außenpolitik: Man sollte doch meinen, dass eine so zusammengesetzte Volkskammer gar nicht fähig ist, sich in Außenpolitik einzumischen. Nein, es war genau anders. Diese SPD-Volkskammerfraktion hat vom ersten Tag an gefordert: Wenn es zu einer deutschen Einheit kommt, dann ist grundlegend, dass sich die Nachbarn ihrer Grenzen mit Deutschland sicher sein wollen. Und von dieser Grundlage aus hat Markus Meckel dann das gemacht, was er gemacht hat. Die SPD-Volkskammerfraktion hat auch durchgesetzt, dass sich die Volkskammer gegenüber den Menschen in der Tschechoslowakei entschuldigt und ein Schuldanerkentnis gegenüber den Juden ausgesprochen hat. Diese wichtigen Diskussionen wurden geführt, die Aufgaben bewältigt.

...Und auch diesen letzten Punkt will ich deutlich machen: Nachdem die Koalition geplatzt war und nachdem die Volkskammer dann in der Tat nur noch in sehr unstrukturierter Weise beraten konnte, waren es am Ende die Sozialdemokraten, die in einem Initiativantrag am 23. August den Vorschlag gemacht hatten, dass die DDR nach Artikel 23 der Bundesrepublik beitrifft, und dass die Wahlen, die ersten gesamtdeutschen Wahlen, dann am 3. Oktober stattfinden sollen, nach einem schrecklichen Kampf mit der CDU über diesen Termin.

Ich muss sagen, wenn man diese Arbeit der Genossinnen und Genossen in der DDR-Volkskammer, die täglich 15 bis 18 Stunden sieben Tage in der Woche geleistet wurde, wenn man sich die sachlichen Ergebnisse dieser Arbeit ansieht, dann waren sie zwar einerseits geprägt von den Problemen in der SPD, die wir nicht unter den Tisch kehren sollten. Sie waren aber andererseits geprägt in sehr erfrischender und unroutinierter Art und Weise von einer Entscheidungsfreudigkeit, die ganz überwiegend getragen war vom Willen zur

Verantwortung gegenüber dem ganzen Land. Dies war aus meiner Sicht anerkennenswert und ist viel zu wenig beachtet.